



DR Kongo: *Bakatsuraki Semeyi*, Gesundheitszustand

Hintergrundinformationen



DR Kongo: 65,7 Mio. Einwohner auf 2.344.885 km² Fläche, BSP/Einw. 220 \$ (2012), Bevölkerung (rund 300 Ethnien): 80% Bantugruppen, 18% Sudangruppen, Religion: 50% Katholiken, 20% Protestanten, 10% Kimbanguisten, 10% Muslime, 10% Anhänger indigener Religionen. Unabhängig seit 1960.

Die DR Kongo hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Die **ACAT** in der **Demokratischen Republik Kongo** macht auf die Inhaftierung des Ehrenabgeordneten **Bakatsuraki Semeyi** aufmerksam und bittet das ACAT-Netzwerk um Unterstützung.

Am 30.10.2019 wollte Herr Bakatsuraki Semeyi seinen Sohn von der Schule abholen, als sein Wagen auf der Straße Avenue Nyangwe von einer Gruppe unbekannter Jugendlicher angegriffen wurde. Herr Bakatsuraki Semeyi suchte daraufhin Zuflucht im Polizeikommissariat der Provinz Kinshasa.

In der Polizeidienststelle wurde er jedoch in Gewahrsam genommen, da man ihn verdächtigte, in einen Mord verwickelt zu sein. Bei dem Mordopfer handelt es sich um Herrn Belvis Nkuku Ilo, den geschäftsführenden Verwalter des Referenzkrankenhauses Vijana. Dieser Verwalter war am selben Tag in dem Krankenhaus ermordet worden.

Die vom Abgeordneten Bakatsuraki Semeyi mit dem Auto zurückgelegte Strecke ließ seine Anwesenheit am Tatort plausibel erscheinen.

Bakatsuraki Semeyi wurde dann vor das Hohe Militärgericht gestellt, das ihn in einem Schnellverfahren verurteilte.

Am 21.11.2019 wurde er völlig unerwartet zu einer Haftstrafe von zehn Jahren wegen Anstiftung von Angehörigen der Streitkräfte zur Begehung einer pflicht- und ordnungswidrigen Tat verurteilt.

Das angewandte Gerichtsverfahren, das zu seiner Verurteilung führte, war eindeutig mit Unregelmäßigkeiten behaftet: Einerseits verstößt es offensichtlich gegen Artikel 156 der Verfassung der DR Kongo, in dem es heißt: „Die Militärgerichte verfolgen Straftaten, die von Angehörigen der Streitkräfte und der Nationalpolizei begangen wurden“, d.h. nicht von Zivilisten.

Andererseits beweisen die Dokumente, welche die Staatsanwaltschaft in der Verhandlung vorgelegt hatte, nicht, dass Herr Bakatsuraki Semeyi am Ort des Verbrechens anwesend war oder zu anderen Angeklagten Kontakt aufgenommen hatte.

Bei dieser Verurteilung ohne Beweise zulasten des Betroffenen wird das Recht auf einen fairen Prozess offenkundig nicht gewährleistet. Die Verurteilung scheint vielmehr politisch motiviert zu sein.

Es könnte sich um repressive Maßnahmen der kongolesischen Staatsorgane gegen einen politischen Akteur handeln, der einen Teil der Konzession des Standorts des Referenzkrankenhauses Vijana bei dem rechtmäßigen Eigentümer erworben hat. An diesem Standort steht auch das Krankenhaus selbst, das Eigentum des kongolesischen Staates ist.

Aufgrund des schlechten Gesundheitszustands des Ehrenabgeordneten, der regelmäßiger medizinischer Versorgung bedarf, war laut ACAT-Kongo ein Antrag auf Freilassung auf Kautions gestellt worden. Dieser wurde aber sowohl vom ersten Gericht wie auch vom Kassationsgericht zurückgewiesen. Unterdessen ist eine Kassationsbeschwerde eingelegt worden, deren Prüfung

jedoch sehr lange dauert, obgleich Artikel 19 Absatz 2 der Verfassung das Recht auf ein Verfahren innerhalb einer angemessenen Frist vorsieht.



Brieftext

Bitte unterschreiben Sie den Brief an den Ersten Präsidenten des Kassationsgerichts der Demokratischen Republik Kongo und senden Sie diesen **an den Botschafter in Berlin**. Aufgrund der Corona-Krise ist der **direkte Postversand in den Kongo derzeit nicht möglich**. Es liegt daher nur ein Exemplar bei. Der Wortlaut des Briefes sollte unverändert bleiben. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Berlin 0,80 EUR).

Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2020.

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/30111297, S.E. Herrn Tshoha Letamba;
Email: berlinmissionrdc@gmail.com]

S.E. Herrn Tshoha Letamba
Botschaft der Demokratischen Republik Kongo
Ulmenallee 42a
14050 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben möchte ich den Ersten Präsidenten des Kassationsgerichts der Demokratischen Republik Kongo, Herrn Dominique Thambwe, auf die Verurteilung eines Ehrenabgeordneten aufmerksam machen und ihn ersuchen, sich dieses Falles anzunehmen. Ich bitte Sie, ihm meinen Appell weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

Appell an den Präsidenten des Kassationsgerichts der Demokratischen Republik Kongo (Cour de Cassation), Herrn Dominique Thambwe

Sehr geehrter Herr Präsident,

aufgrund von Informationen, die ich von der ACAT Deutschland erhalten habe, bringe ich Ihnen meine tiefe Besorgnis zum Ausdruck wegen der Inhaftierung des Ehrenabgeordneten Herrn **Bakatsuraki Semeyi**.

Am 30.10.2019 wollte Herr Bakatsuraki Semeyi seinen Sohn von der Schule abholen, als sein Wagen auf der Avenue Nyangwe von einer Gruppe unbekannter Jugendlicher angegriffen wurde.

Herr Bakatsuraki Semeyi suchte daraufhin Zuflucht im Polizeikommissariat der Provinz Kinshasa.

Dort wurde er in Gewahrsam genommen, da man ihn verdächtigte, in den Mord am geschäftsführenden Verwalter des Referenzkrankenhauses Vijana, Herrn Belvis Nkuku Ilo, verwickelt zu sein. Dieser war am selben Tag in dem genannten Krankenhaus ermordet worden.

Herr Bakatsuraki Semeyi wurde am 21.11.2019 vom Hohen Militärgericht in einem Schnellverfahren zu zehn Jahren Haft wegen angeblicher Anstiftung von Angehörigen der Streitkräfte zu einer pflicht- und ordnungswidrigen Tat verurteilt.

Der Prozess wies mehrere Unregelmäßigkeiten auf und konnte eine Beteiligung des Angeklagten an dem Mord nicht nachweisen. Es ist zu befürchten, dass das Urteil politisch motiviert ist.

Ein Antrag auf Freilassung auf Kautions war aufgrund des kritischen Gesundheitszustands des Ehrenabgeordneten gestellt worden. Diesen hat aber sowohl das erste Gericht als auch das Kassationsgericht abgelehnt. Inzwischen hat der Gefangene eine Kassationsbeschwerde eingelegt.

Ich appelliere an Sie, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Verfahren gesetzeskonform, mit Fairness und Transparenz geführt wird und dass das Gericht dem Angeklagten eine vorläufige Freilassung gewährt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Iran: *Nasrin Sotoudeh, Atena Daemi u.a.*, Gesundheitszustand, unmenschliche Behandlung

Hintergrundinformationen



Iran: 65,5 Mio. Einwohner auf 1.648.000 km² Fläche, BSP/Einw. 1.720 \$ (2002), 50% Perser, 20% Aserbaidshaner, 10% Luren und Bachtianen, 8% Kurden, 3% Araber, 2% Turkmenen, Islam ist Staatsreligion: 99% Muslime (überwiegend Schiiten), Minderheiten von Bahá'í, Christen, Juden und Parsen. Der Iran hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* ratifiziert, nicht jedoch das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe*.



Im Iran haben in den vergangenen Wochen Tausende Gefangene gegen die Gefahren einer Ausbreitung des Coronavirus in den Gefängnissen protestiert. Sicherheitskräfte gingen laut Amnesty International (AI) brutal gegen sie vor.

Die Gefangenen forderten Maßnahmen zum Schutz gegen das Virus wie Freilassungen, Corona-Tests und Hygieneprodukte sowie die Quarantäne von Infizierten. Die Sicherheitskräfte schlugen die Proteste unter Einsatz von scharfer Munition und Tränengas brutal nieder. 36 Menschen wurden dabei getötet und Hunderte weitere verletzt.

Das Coronavirus verschärft die ohnehin verheerende Lage hunderttausender Gefangener im Iran. Viele der Gefängnisse wiesen schon vor der Corona-Krise inakzeptable Haftbedingungen auf: Überfüllung, fehlende Betten, schlechte Belüftung, begrenztes Warmwasser, unzureichende Lebensmittelversorgung, und ein Mangel an Medikamenten, Insektenbefall sowie Hygiene- und Sanitärprodukten. Unter derartigen Haftbedingungen können sich Infektionskrankheiten sehr schnell ausbreiten. Trotz einiger anfänglicher Freilassungen, sind Hunderte - die überwiegende Mehrheit - der politischen Gefangenen weiterhin in Haft. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie AI, Front Line Defenders oder das Gulf Centre for Human Rights (GCHR) fordern vom Iran, insbesondere MenschenrechtsverteidigerInnen freizulassen.

Die gefangene Anwältin **Nasrin Sotoudeh** (DA 19/18) engagierte sich seit Jahren für die Rechte von Frauen, für von Hinrichtung bedrohte minderjährige Straffällige und für die Einhaltung rechtlicher Standards. Sie wurde am 13. Juni 2018 in ihrer Wohnung in Teheran festgenommen. Seitdem befindet sich die Mutter von zwei Jugendlichen im Evin-Gefängnis im Frauentrakt. Die dortigen Haftbedingungen sind sehr schlecht, viele Inhaftierte werden Opfer von Folter und Misshandlungen. Laut GCHR war Nasrin Sotoudeh am 25. August 2018 aus Protest gegen ihre ungerechtfertigte Inhaftierung und die Einschüchterung ihrer Familie und Freunde in einen Hungerstreik getreten.

Am 11. März 2019 wurde sie zu 33 Jahren Haft und einer Prügelstrafe von 148 Schlägen verurteilt.

Im März 2020 soll sie verschiedenen Medienberichten zufolge wieder einen Hungerstreik begonnen haben, nachdem die iranische Justiz die Freilassung von 85.000 Gefangenen angekündigt hatte, ohne genaue Angaben zu machen, wer davon profitiert und wer dennoch in Haft bleiben muss.

Front Line Defenders weist darauf hin, dass zahlreiche MenschenrechtsverteidigerInnen noch immer in Haft sind. Es besteht Anlass zu Sorge um die Frauen **Narges Mohammadi**, **Atena Daemi** und **Golrokh Ebrahimi** sowie um die Männer **Arash Sadeghi**, **Saeed Shirzad** und **Mohammad Habibi**.

Aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen und grausamer Haftbedingungen sind sie derzeit erheblich gefährdet.



Brieftext

Bitte unterschreiben Sie den Brief an das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran und senden Sie ihn **an den Botschafter** in Berlin. Aufgrund der Corona-Krise ist der **direkte Postversand in den Iran derzeit nicht möglich**. Es liegt daher nur ein Exemplar bei. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (Standardbrief nach Berlin 0,80 EUR).

Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2020.

[Fax-Nr. der iranischen Botschaft: 030/832229133, Herrn Mahmoud Farazandeh, E-Mail: info@iranbotschaft.de]

**S.E. Herrn Mahmoud Farazandeh
Botschaft der Islamischen Republik Iran
Podbielskiallee 67
14195 Berlin**

Exzellenz,
mit unten stehendem Schreiben möchte ich das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran, S.E. Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei, auf die gesundheitliche Gefährdung von Inhaftierten aufmerksam machen und ihn darum bitten, sich ihres Schicksals anzunehmen. Ich bitte Sie, ihm meinen Brief weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

Appell an Seine Exzellenz Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei

Exzellenz,

mit großer Erleichterung habe ich die Ankündigung der vorläufigen Freilassung von 85.000 Inhaftierten vernommen. Ich begrüße diese Maßnahme zum Schutz der Gefangenen und zur Vorbeugung gegen die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie.

Zugleich bin ich besorgt, dass zahlreiche Angehörige der Zivilgesellschaft bisher noch nicht bei der Entlassung aus der Haft berücksichtigt worden sind. Ebenso beunruhigt mich das brutale Vorgehen von Sicherheitskräften gegen Proteste von Tausenden von Gefangenen, die sich durch das Coronavirus in Gefahr sehen. Dabei wurden 36 Menschen getötet und Hunderte weitere verletzt.

Die Rechtsanwältin **Nasrin Sotoudeh** befindet sich trotz erheblicher Gefährdung ihrer Gesundheit noch immer im Evin-Gefängnis. Sie soll im März 2020 einen Hungerstreik begonnen haben. Ein Jahr zuvor war sie zu 33 Jahren Gefängnis und einer Prügelstrafe von 148 Schlägen verurteilt worden.

Weiter inhaftiert sind auch die Menschenrechtsverteidigerinnen **Narges Mohamadi** (Gefängnis von Zanjan), **Atena Daemi** und **Golrokh Ebrahimi** (Evin-Gefängnis) sowie die Menschenrechtsverteidiger **Mohammad Habibi** (Gefängnis Großraum Teheran), **Arash Sadeghi** und **Saeed Shirzad** (Rajai Shahr Gefängnis).

Hiermit appelliere ich an Sie, die oben genannten Personen, alle Angehörigen der Zivilgesellschaft und Personen, die etwa wegen der Teilnahme an friedlichen Demonstrationen im November 2019 und Januar 2020 festgenommen worden sind, umgehend, vorbehaltlos und dauerhaft freizulassen.

Auch bitte ich Sie, insbesondere Untersuchungshäftlinge und besonders gefährdete Personen zu entlassen und alle gebotenen Maßnahmen zu unternehmen, um Inhaftierten die notwendige medizinische Versorgung und menschenwürdige Behandlung zu gewähren.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Philippinen: *inhaftierte Minderjährige*, Gesundheitszustand, Folter und Misshandlung

Hintergrundinformationen



Philippinen: 83,0 Mio. Einwohner auf ca. 300.000 km² Fläche, BSP/Einw. 2.470 \$ (2012), 40% jungmalaische Philippiner, 30% Indonesier und Polynesier, 10% Altmalaien und Aëta, 10% Chinesen, 5% Inder, Religion: 82% Katholiken, 5,4% Protestanten, 4,6% Muslime, 2,6% Anhänger der Unabhängigen Philippinischen Kirche (Aglipayan), 2,3% Anhänger der Iglesia ni Cristo, indigene Religionen, Buddhisten. Unabhängig seit 1947. Die Philippinen haben den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



In Anbetracht der Ausbreitung des Coronavirus auf den Philippinen fürchtet der Gründer der Hilfsorganisation **PREDA** (Peoples Recovery, Empowerment and Development Assistance Foundation), Pater **Shay Cullen**, dass inhaftierte Kinder und Jugendliche dem Virus zum Opfer fallen.

Der aus Irland stammende Pater Shay Cullen (Missionsgesellschaft von St. Columban) war 2018 beim ACAT-Seminar in Schwerte zu Gast und berichtete in beeindruckender Weise über sein vielfältiges Engagement für die Freilassung von Minderjährigen aus Haftanstalten und aus der Kinderprostitution.

Kürzlich hat Shay Cullen einen Aufruf veröffentlicht, den ACAT zum Anlass einer Dringlichkeitsaktion nimmt. Aufgrund der Aktualität veröffentlichen wir diese bereits vor dem Versand im Juni. PREDA fordert die Freilassung inhaftierter Kinder aus den Jugendstrafanstalten, genannt Bahay Pag-Asa („Haus der Hoffnung“). Neben der gesundheitlichen Lage ist auch Gewalt durch Personal und unter den Gefangenen zu beklagen.

Zum Schicksal der Minderjährigen schreibt Pater Shay Cullen:

„Viele Tausende sind inhaftiert ohne Beweise gegen sie und Anklage. Viele werden wegen nicht schwerwiegender Vergehen inhaftiert. Das Coronavirus bringt sie in ernste Gefahr, einen schmerzhaften und verzweifelten Tod zu erleiden. Sie sterben keuchend an langsamer Erstickung, allein, verlassen, ohne Hilfe, unbekannt, isoliert und nicht gemeldet, als hätte es sie nie gegeben.

Die Kinder sind am verwundbarsten, da sie durch Unterernährung geschwächt sind, von Asthma geplagt werden oder an Tuberkulose leiden und durch körperlichen und sexuellen Missbrauch geschädigt und verletzt werden. Sie werden unter unmenschlichen Bedingungen

eingesperrt. Die meisten schlafen auf Betonböden und unter unmenschlichen Bedingungen. Sie sind ohne Bildung, Bewegung, Sonnenlicht, frische Luft, gutes Essen, medizinische Hilfe, Rechtsbeistand, Unterhaltung, Besucher, ohne Duschen und Toiletten. Es ist eine verzweifelte und gefährliche Situation. Sie müssen sofort befreit werden. (...)

Das philippinische System der Strafverfolgung ist sehr schwach, willkürlich, und im Allgemeinen gibt es viel Missbrauch von Autorität. Das Gesetz ist dazu da, um zu schützen, nicht um ungerecht zu bestrafen. Ja, die gefährlichen Kriminellen - Mörder und Vergewaltiger - müssen zum Schutz der Öffentlichkeit inhaftiert werden, aber nicht die Kinder, vor allem nicht, wenn das Coronavirus in der Nähe schwebt.

Das ist der große versteckte Skandal der Lokalregierungen - die Folter von Kindern in der Bahay Pag-Asa.

Sie müssen überholt und mit den Richtlinien des Rates für Jugendgerichtsbarkeit und Wohlfahrt (JJWC) in Einklang gebracht werden.“

Ausführliche Informationen über die Situation in den Haftanstalten und Fallbeispiele auf Englisch unter:

www.preda.org/2020/free-the-child-prisoners-before-they-die/

Weitere Infos auf Deutsch unter:

www.tatort-verein.org/engagement/philippinen/kinder-hinter-gittern/



Brieftext

Bitte unterschreiben Sie die Briefe an den Innenminister und an den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Philippinen. Senden Sie **beide Appelle, gern in einem Umschlag, an die Botschafterin nach Berlin**. Bitte übernehmen Sie den **Wortlaut der Briefe unverändert**. Der Postversand zu den Philippinen ist derzeit unterbrochen. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Berlin: 0,80 EUR). *Bearbeitung möglichst sofort, spätestens bis zum 30.06.2020*. [Fax-Nr. der Botschaft: 030/8732551, I.E. Frau Maria Theresa Dizon-De Vega; E-Mail: info@philippine-embassy.de]

I.E. Frau Maria Theresa Dizon-De Vega
Botschaft der Republik der Philippinen
Luisenstraße 16
10117 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben möchte ich den Minister für Inneres und Kommunalverwaltung der Republik der Philippinen auf die Bedrohung von Minderjährigen, die in Haftanstalten wie den Bahay Pag-Asa gefangen sind, aufmerksam machen und ihn um ihre Freilassung bitten.
Hochachtungsvoll

**Appell an den Minister für Inneres und Kommunalverwaltung der Republik der Philippinen,
Herrn Eduardo Año**

Sehr geehrter Herr Minister,

in großer Sorge um das Schicksal inhaftierter Minderjähriger auf den Philippinen wende ich mich an Sie.

Viele tausende Minderjährige sind ohne Anklage und ohne das Vorliegen von Beweisen gegen sie inhaftiert. Zudem werden viele wegen nicht schwerwiegender Vergehen verhaftet. Das Coronavirus bringt sie in ernste Gefahr, einen schmerzhaften und verzweifelten Tod zu erleiden. Die Kinder sind am verwundbarsten, da sie durch Unterernährung geschwächt sind, von Asthma geplagt werden oder an Tuberkulose leiden und durch vielfach erlittenen körperlichen und sexuellen Missbrauch geschädigt und verletzt werden.

Sie werden unter inhumanen Bedingungen eingesperrt. Berichten zufolge erleiden Minderjährige in den Jugendstrafanstalten Bahay Pag-Asa vielfach Misshandlungen durch Personal und es kommt zu schwerer Gewalt unter den Bewohnern.

In Anbetracht der besonderen Bedrohung durch das Coronavirus appelliere ich an Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass Minderjährige unverzüglich, bedingungslos und dauerhaft aus den Gefängnissen und aus den Bahay Pag-Asa entlassen werden.

Ebenso bitte ich Sie, diese Unterkünfte aufzulösen und dazu mit dem Rat für Jugendgerichtsbarkeit und Wohlfahrt (JJWC) unter Leitung des Ministers für soziale Wohlfahrt und Entwicklung zusammenzuarbeiten. Für Kinder und Jugendliche sollten Einrichtungen zur Rehabilitation geschaffen werden, in denen sie wirksam vor unmenschlicher Behandlung geschützt werden.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

**I.E. Frau Maria Theresa Dizon-De Vega
Botschaft der Republik der Philippinen
Luisenstraße 16**

10117 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben möchte ich den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Republik der Philippinen auf die Bedrohung von Minderjährigen, die in Haftanstalten wie den Bahay Pag-Asa gefangen sind, aufmerksam machen und ihn bitten, sich ihres Schicksals anzunehmen.

Hochachtungsvoll

Appell an den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Republik der Philippinen, Herrn José Luis Martín C. Gascon

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in großer Sorge um das Schicksal inhaftierter Minderjähriger auf den Philippinen wende ich mich an Sie.

Viele tausende Minderjährige sind ohne Anklage und ohne das Vorliegen von Beweisen gegen sie inhaftiert. Zudem werden viele wegen nicht schwerwiegender Vergehen verhaftet. Das Coronavirus bringt sie in ernste Gefahr, einen schmerzhaften und verzweifelten Tod zu erleiden. Die Kinder sind am verwundbarsten, da sie durch Unterernährung geschwächt sind, von Asthma geplagt werden oder an Tuberkulose leiden und durch vielfach erlittenen körperlichen und sexuellen Missbrauch geschädigt und verletzt werden.

Sie werden unter inhumanen Bedingungen eingesperrt. Berichten zufolge erleiden Minderjährige in den Jugendstrafanstalten Bahay Pag-Asa vielfach Misshandlungen durch Personal und es kommt zu schwerer Gewalt unter den Bewohnern.

In Anbetracht der besonderen Bedrohung durch das Coronavirus appelliere ich an Sie, bei den zuständigen Behörden darauf hinzuwirken, dass Minderjährige unverzüglich, bedingungslos und dauerhaft aus den Gefängnissen und aus den Bahay Pag-Asa entlassen werden. Ebenso bitte ich Sie, anzuregen, dass diese Strafanstalten aufgelöst werden und neue Einrichtungen zur Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden, in denen sie wirksam vor unmenschlicher Behandlung geschützt werden.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)